

(Präsidentin Pommer)

**Gesetz über die Gewährleistung
von Wohnraum in Thüringen
(Thüringer Wohnungsgewährleis-
tungsgesetz – ThürWoGeG)**
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE
LINKE, der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/9214 -
ERSTE BERATUNG

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist der Fall. Frau Abgeordnete Maurer, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Maurer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir haben heute einen wirklich spannenden, wirklich guten Gesetzentwurf vor uns liegen, über den ich mich auch als Erfurter Stadträtin, die ich bin, besonders freue. Es geht also um die Gewährleistung von Wohnraum. Jetzt fragen Sie sich wahrscheinlich – wir sind ja hier in einem sehr ländlich geprägten Landtag –: Haben wir denn überhaupt ein Problem mit Wohnraum? In der Presse hören wir ja viel häufiger, dass es im ländlichen Raum zu Leerstand kommt. Im ländlichen Raum gibt es durchaus auch Probleme in Wohnungsfragen, weil Sanierungs- und Baukosten enorm gestiegen sind. Aber in diesem Antrag geht es um Kommunen, die Teile ihres Wohnraums unter Druck gesetzt sehen, und zwar von einer touristischen Verdrängung. Das kennen wir vor allem in Erfurt, ich habe es gerade schon gesagt, als Erfurter Stadträtin. Aber auch aus Jena, Weimar und Gera kennen wir das Phänomen, das touristische Verdrängung zu immer höheren Mietpreisen für alle anderen führt, dass es zu einer Wohnungsnot führt, weil die Wohnungen einfach belegt sind, und vor allen Dingen auch zu einem veränderten Stadtbild. Was für touristische Städte natürlich auch wichtig ist, ist, dass die Städte von den Menschen leben, die dort tatsächlich leben und arbeiten.

Ja und so ist es geworden mit der Zeit, dass schöne Plattformen wie Airbnb, die mal die Idee hatten, dass ich meine Wohnung teile, wenn ich mal im Urlaub bin für ein, zwei Wochen, zu einem wirklich lukrativen Geschäftsmodell geworden sind, das heißt, dass plötzlich Wohnungen dauerhaft vermietet werden auf diesen Plattformen. Und das heißt auch, dass sie für die Bewohner eben nicht mehr zur Verfügung stehen. Das heißt, in Erfurt führt das dazu, dass das ursprünglich mal schöne Geräusch von klappernden Rollkoffern zu Fluch und Segen geworden ist.

Touristinnen sind natürlich herzlich willkommen und sie dürfen auch sehr gern in unseren wunderschönen Hotels sich beheimatet fühlen. Diese sind für sie sehr gern vorbereitet. Aber die Wohnungen, die natürlich aus einem bestimmten Grund für die Bewohner zur Verfügung gestellt worden sind, die brauchen wir, damit Studierende, Schülerinnen, Auszubildende, Menschen, die sich vergrößern wollen, also eine Familie gründen wollen, diese auch nutzen können, dort leben können.

Dieses Gesetz, das jetzt also vor uns liegt, ist ein Werkzeug, das wir den Kommunen zur Verfügung geben, damit sie wieder für mehr Balance in ihren Kommunen, zumindest in bestimmten Teilen, sorgen können. Also können sie jetzt in bestimmten Gebieten wie zum Beispiel in Erfurt in dem städtischen Innenraum Genehmigungspflichten einführen, zum Beispiel für Ferienwohnungen, indem sie sagen, Ferienwohnungen können zum Beispiel nur für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden. Aber ein viel längerer Zeitraum muss dafür zur Verfügung gestellt werden, damit Menschen dort tatsächlich wohnen können.

(Abg. Maurer)

Hier hat Rot-Rot-Grün also ganz konkret auf die Kommunen gehört. In Erfurt gab es nämlich so einen Stadtratsantrag, wo Grüne, Mehrwertstadt und Linke gemeinsam einen Antrag eingebracht haben, dass es zu einer Registrierungspflicht von Ferienwohnungen kommen soll, und die Verwaltung hat gesagt, das können wir gar nicht realisieren, da braucht es noch mal eine gesetzliche Änderung im Land. Dann haben wir natürlich sofort reagiert. Die Linke hat dazu den Anstoß gemacht und die Koalition hat gesagt, das ist eine sehr, sehr gute Idee. Jetzt liegt dieses Gesetz hier vor und ich freue mich als Landtagsabgeordnete und auch als Stadträtin, dass wir uns jetzt mit diesem Antrag hier beschäftigen,

(Beifall DIE LINKE)

weil das in der Konsequenz bedeutet, wenn wir heute diesen Antrag überweisen, positiv abstimmen, dass zum Beispiel in Erfurt endlich gehandelt werden kann, die Erfurter Innenstadt den Menschen gehört, die dort leben und arbeiten. Ich glaube, für Touristinnen ist es viel authentischer und viel schöner, zu sehen, wie eine Innenstadt davon leben oder sich dadurch entwickeln kann, dass die Menschen dort sind, die die Wohnungen sehr dringend brauchen. Ich freue mich auf die Debatte und hoffe auf ein positives Ergebnis für dieses wertvolle Gesetz. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Worm das Wort.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Maurer, es wird Sie nicht überraschen, dass wir die Idee nicht ganz so gut finden wie Sie.

(Beifall Gruppe der FDP)

Ich denke mal, das Ganze könnte eine verzwickte Sache werden mit Ihrem Anti-Airbnb- oder Anti-Ferienwohnungsgesetz. Das Gesetz soll ja die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermächtigen, eine Genehmigungspflicht der wohnzweckfremden Verwendung von Wohnraum durch kommunale Satzung zu regeln. Im Klartext: Unter bestimmten Voraussetzungen oder Bedingungen soll Wohnraum nicht mehr ohne Weiteres in Ferienwohnungen umgewandelt oder für gewerbliche Zwecke genutzt werden dürfen. Das Gesetz soll damit auch der Sorge Rechnung tragen, dass die wohnzweckfremde Verwendung von Wohnraum voranschreitet und sich die Lage auf den betroffenen Wohnungsmärkten weiter verschärft. Bei dem ganzen Thema geht es ja hier insbesondere um die Städte Erfurt, Gera, Jena und Weimar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einführung einer Genehmigungspflicht für wohnzweckfremde Verwendungen von Wohnraum seitens der betroffenen Gemeinden könnte durchaus ein wirksames Instrument sein, um den bestehenden Wohnraum zu sichern. Entschieden wird per Satzung in den Kommunen selbst. Die Landesregelung schafft lediglich die Ermächtigung hierfür. Wir sprechen also nicht von einem generellen Verbot. Das ist schon mal gut so.

Aber warum „verzwickt“ aus unserer Sicht? Weil hierdurch zu stark in das verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsrecht eingegriffen wird, muss eine Anhörung von Eigentümer- und Wohnungsverbänden der kommunalen Spitzen sowie der mutmaßlich betroffenen Kommune zeigen, ob das Ganze wirklich so passt. Die Problematik selbst ist jedenfalls eine nicht zu unterschätzende Gefahr für innerstädtischen Wohnraum in den touristisch attraktiven Städten. Das zeigten genug Beispiele aus vielen anderen europäischen Metropolen.

(Abg. Worm)

Lassen Sie uns ergebnisoffen im Ausschuss klären, ob wir tatsächlich ein Problem haben und – wenn ja – ob dieses Gesetz dafür die Lösung ist. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Haben Sie mal mit der CDU in Sachsen gesprochen? Die haben das beschlossen!)

Präsidentin Pommer:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Pfefferlein das Wort.

(Unruhe im Hause)

Frau Abgeordnete Pfefferlein hat jetzt das Wort. Bitte.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag, mit diesem Gesetzentwurf diskutieren wir über nichts Geringeres als die Bereitstellung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum. Genauso wie der Verbrauch von Lebensmitteln stellt das Wohnen ein Grundbedürfnis von uns allen dar. Während die Ausgaben für Lebensmittel und Getränke bei rund einem Sechstel unseres Haushaltseinkommens liegen, beläuft sich die Mietbelastung auf durchschnittlich ein Viertel des Einkommens. Es ist somit verständlich, dass dieses Thema viele Menschen bewegt. Dank unserer Bemühungen sind wieder mehr Sozialwohnungen in Thüringen fertiggestellt worden. Dennoch sinkt der Gesamtbestand, was unter Berücksichtigung der demografischen und gesellschaftlichen Transformation kaum zu spürbaren Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt führt. Um kurzfristig eine Entlastung auf den angespannten Wohnungsmärkten herbeizuführen, lohnt der Blick auf den vorhandenen Wohnungsbestand. Leerstehende und für gewerbliche Zwecke umgenutzte Wohnungen verknappen das Angebot und führen zu steigenden Wohnungs- und Mietpreisen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt die Möglichkeit geben, durch eine Genehmigungspflicht der wohnzweckfremden Verwendung von Wohnraum eine weitere Reduzierung des Wohnraumangebots zu verhindern. Dabei sollen die Gemeinden selbst auf die jeweils regionalen Besonderheiten auf dem Wohnungsmarkt reagieren. Im Unterschied zu den bereits seit Jahren gültigen Gesetzen in Bayern und Baden- Württemberg sehen wir das Betretungsrecht äußerst kritisch und sehen von den Grundrechtseinschränkungen ab. Vielmehr rückt bei uns die Auskunftspflicht auch bei den Dienstbietern im Sinne des Telemediengesetzes in den Mittelpunkt.

Letztlich wird der Evaluierungsbericht die Wirksamkeit des Gesetzes uns zeigen, ob es was gebracht hat. Lassen Sie uns Weiteres im Ausschuss gern diskutieren. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Für die AfD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, wenn man sich mit der derzeitigen Wohnungsknappheit beschäftigt, die wir in Thüringen haben, dann sollte man vor allem erst mal den Blick auf die Ursachen lenken, bevor man sich an vermeintliche Lösungen macht.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ausländer!)

Und Sie sagen Ausländer, da haben Sie natürlich nicht ganz Unrecht, Frau Henfling.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich warte einfach darauf, dass Sie es sagen!)

Wenn ich in Thüringen jedes Jahr wie dieses Jahr beispielsweise 7.000 Zuwanderer aus dem Ausland habe, da muss ich die irgendwo unterbringen.

(Beifall AfD)

Und Ihre Justizministerin, Migrationsministerin war bekanntermaßen nicht in der Lage, diese Leute von den Erstaufnahmeeinrichtungen dann umzuverteilen, weil sie nicht mal in der Lage war, mit den Kommunen zu sprechen. Also an Ihrer Stelle wäre ich mit diesem Vorwurf oder diesem Einwand ein bisschen vorsichtig.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist kein Vorwurf, das ist eine Tatsachenbeschreibung!)

Denn natürlich entsteht Knappheit auch dadurch, dass die Nachfrage größer wird, und Sie haben diese Nachfrage künstlich angeheizt.

Aber kommen wir mal zu den Ursachen, für die die Politik auch noch verantwortlich ist. Da nennen wir die hohen Energiepreise. Zement muss oder Beton muss beispielsweise hergestellt werden und bringt einen hohen Energieaufwand mit sich. Dachziegeln müssen hergestellt werden, auch das setzt einen hohen Energieaufwand voraus. Jetzt brauchen Sie sich nur mal die Energiepreise angucken. Dank der Grünen, dank der SPD und dank der CDU sind die auf Rekordniveau, und zwar weltweit. Das sorgt dafür, dass natürlich Baustoffe, die gebraucht werden für den Bau von Wohnungen, enorm teuer geworden sind.

(Unruhe im Hause)

Ich kann Ihnen mal ein Beispiel nennen. Dachziegeln – ich habe mich mal mit einem Handwerker unterhalten –, der Dachziegel hat vor vier, fünf Jahren noch unter 50 Cent gekostet; mittlerweile

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt gibt es andere Baupreise!)

bekommen Sie den Dachziegel nur noch für Preise jenseits von 1,30 Euro und es werden Zukunftspreise angezeigt von bis zu 2 Euro für den Dachziegel. Wissen Sie, was da ein Dach kostet?

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Ist Ihnen einer auf den Kopf gefallen?)

Das führt letztlich dazu, dass sie Wohnungen wie hier in Erfurt beispielsweise nur noch bauen können mit Quadratmeterpreisen von 20 Euro pro Quadratmeter, und das kann sich nun mal kein normaler Thüringer leisten.

(Beifall AfD)

(Abg. Möller)

Da ist aber nicht Schluss, da ist aber noch lange nicht Schluss. Die Sanktionspolitik hat auch wiederum dazu beigetragen, dass Baustoffe nicht mehr preisgünstig verfügbar sind. Und zu allem obendrauf kommen Ihre Klimaschutzauflagen, die den Bau massiv verteuert haben. Das fängt an bei Dämmauflagen, die teilweise auch baubiologisch völliger Nonsens sind. Das geht weiter bei ziemlich teuren Heizungslösungen, die Sie vorschlagen – nicht nur vorschlagen, die Sie sozusagen aufdrücken – und wo sich die normale Bevölkerung auch nicht dem entziehen kann und preiswertere Heizungsmöglichkeiten einsetzen kann.

Wenn man sich diese Ursachen der derzeitigen Verteuerung des Bauens anschaut, die Baukrise mal anschaut, dann weiß man natürlich auch, was die Lösungen sind. Man bräuchte preiswerte Energie. Na gut, den Weg haben Sie sich verbaut, indem Sie die Kernkraftwerke endgültig abgeschaltet haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, na klar, vor allem die in Thüringen!)

Dann könnte man natürlich auch daran denken, den sinnlosen Wirtschaftsboykott von Zuliefererländern aufzuheben wie beispielsweise Russland. Auch das würde die Baupreise entlasten.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Das war das mit dem Selbstbezug, oder was?)

Haben Sie aber auch keine Lust, den Weg haben Sie sich auch verbaut. Dann geht es weiter mit der Entbürokratisierung/Liberalisierung.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen da sicherlich nichts Neues, Ihr Vorschlag von der FDP mit dem Lehmbau ist sicherlich keine schlechte Idee, aber lösen werden Sie die Baukrise damit natürlich nicht. Wenn Sie liberalisieren wollen, da müssen Sie sich vor allem mal an die EnEV ranmachen, also an die entsprechenden Standards des Baus,

(Zwischenruf Abg. Bergner, Gruppe der FDP: Es ist ein Schritt und das hat man auch dazugesagt!)

die entsprechend teuer sind,

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Ich glaube, jetzt geht es um ein anderes Gesetz!)

und natürlich auch an die diversen Regelungen beispielsweise bis hin in die kommunalen Bausatzungen, wo vorgeschrieben wird, dass ein Investor von Wohnraum beispielsweise Stellplätze für Lastenfahräder bauen muss, die er überhaupt nicht vermietet bekommt, was er natürlich letztlich als Kosten auf die Erwerber des Wohnraums umlegen muss bzw. auf die Nutzer des Wohnraums.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Reden Sie auch irgendwann noch zu diesem Gesetz oder was wird das hier?)

Eigentlich eine ganz einfache wirtschaftliche Sache, das zu verstehen. Aber Sie können es offensichtlich nicht.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Herr Möller, Sie haben Gendern noch als Ursache vergessen!)

Nicht zuletzt ist natürlich auch die Förderkulisse eine Lösungsmöglichkeit. Man könnte tatsächlich sozialen Wohnungsbau fördern. Aber was machen Sie? Sie stecken alles Geld, und zwar sowohl im Bund als auch im Land, in zwei Bereiche, die mit normalem Wohnungsbau nichts zu tun haben,

(Abg. Möller)

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben Sie mal in Ihr Grundsatzprogramm geschaut? Da wollen Sie Subventionen abschaffen!)

einmal natürlich alles in den Klimaschutz. Das muss auf jeden Fall vorrangig gemacht werden bei Ihnen. Und was dann noch übrig ist, geht in den Bau von Asylunterkünften.

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Antifa-Demos haben Sie vergessen!)

Meine Damen und Herren, damit schaffen Sie natürlich keinen preiswerten Wohnraum für die Masse der Bevölkerung. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

(Beifall AfD)

Die Lösung der Linken, der Grünen und der SPD, die haben wir jetzt hier gehört, die ist Zwang und Verbot. Sie wollen, dass Menschen, die, was weiß ich, eine Einliegerwohnung haben, in der früher vielleicht die Eltern gewohnt haben, die das Haus mitfinanziert haben, sonst hätten sie es sich nicht leisten können, dass das weitervermietet werden kann beispielsweise an Touristen, um damit auch die schlechte Rente aufzubessern, für die Sie ebenfalls verantwortlich sind, meine Damen und Herren. Das wollen Sie verbieten.

(Beifall AfD)

Okay, kann man machen, ist ein typisch linker Ansatz. Wo Sie aber vollends den Weg des Rechts verlieren, wo Sie nach meiner Überzeugung verfassungswidrig agieren, das ist Ihre Rückwirkung, die Ihre Regelung einbaut. Sie sehen nämlich auch vor eine intensive Meldepflicht für alle Bestandsimmobilien, und da, wo nach der Rechtslage, die Sie jetzt erst schaffen wollen, Wohnraum nicht mehr genehmigungsfähig wäre, da wollen Sie sogar die Leute zwingen, die andere Nutzung zurückzubauen. Das kann natürlich in einen Gewerbebetrieb sehr stark eingreifen, das kann aber auch beispielsweise die Einkommenssituation, die soziale Existenz eines Menschen völlig zerschießen. Das ist Ihnen aber alles letztlich egal. Ich prognostiziere Ihnen aber, wenn Sie diese Regelung drin lassen in Ihrem Gesetzentwurf, wird er eine erstklassige Beerdigung vor dem Verfassungsgericht bekommen.

Ansonsten kann ich nur sagen, wir werden den Antrag sicherlich an den Ausschuss mit überweisen, aber zustimmungsfähig erscheint er uns vor dem jetzigen Hintergrund überhaupt nicht. Danke schön.

(Beifall AfD)

Präsidentin Pommer:

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Liebscher das Wort.

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Herr Möller, ich bedauere ein bisschen, dass Sie nicht zum wesentlichen Inhalt dieses Gesetzesvorschlags gesprochen haben, denn es geht nämlich ausdrücklich nicht um Zwang und Verbot und all das, was Sie schwadroniert haben, sondern es geht darum, einem Wunsch, der aus den Kommunen kommt, Rechnung zu tragen, nämlich denen als Land hier eine Handhabe zu geben, wenn sie vor Ort den Eindruck haben, diese Anwendung dieses Gesetzes beanspruchen zu wollen, ihnen dann die Möglichkeit zu geben, um dann eine Satzung entsprechend hinzubringen.

Präsidentin Pommer:

Herr Liebscher, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Möller?

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Gern.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Nein!)

Präsidentin Pommer:

Bitte.

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Anscheinend doch nicht, aber jetzt habe ich schon Ja gesagt.

Abgeordneter Möller, AfD:

Herr Liebscher, Sie sagen, Ihr Gesetzentwurf sieht keinen Zwang vor. Dann erklären Sie mir bitte, wie folgender Absatz in § 3 Abs. 2 zu verstehen ist: „Die Gemeinde kann anordnen, dass eine nichtgenehmigungsfähige wohnzweckfremde Wohnraumnutzung beendet und der Wohnraum wieder Wohnzwecken zugeführt wird.“

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, Abg. Dr. Lukin, Abg. Beier, DIE LINKE: Kann!)

Was ist das anderes als Zwang?

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Es ist ja von den Kollegen jetzt schon reinggerufen worden, das ist eine Kann-Formulierung.

Präsidentin Pommer:

Gut, jetzt hat Herr Abgeordneter Liebscher wieder das Wort.

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Wir geben genau eben den Kommunen damit die Möglichkeit, das selbst zu entscheiden. Deswegen ist das vielleicht etwas, was in den Städten Erfurt, Jena, Weimar und Gera zur Anwendung kommen wird, wenn die Kommunen das entscheiden und nicht anderen Regionen in Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn am Ende geht es doch um die Frage, die sich jeder von uns hier im Haus auch selbst stellen kann, nämlich wie man sich zuletzt für den Kurzurlaub selbst eine Unterkunft gesucht hat. Das ist ja genau das Thema, über das wir heute sprechen. Allein ein großes Unternehmen, das so ein Portal betreibt, weist über 1.000 private Unterkünfte in Thüringen auf. Gerade rund um beliebte Ziele in Thüringen finden sich zahlreiche dieser Angebote, die in klassischen Wohngebieten liegen und eine Zweckentfremdung von dauerhaftem Mietwohnraum für eine Vermietung an Feriengäste vermuten lassen.

(Abg. Liebscher)

Doch was ist schlecht daran, wenn Gäste in privaten Wohnungen nach Erholung suchen? In Jena oder Erfurt ist der Wohnungsmarkt de facto leergefegt und gerade bezahlbare Wohnungen in zentraler Lage sind ein rares Gut. Hier fällt die Zweckentfremdung von regulären Wohnungen für die Kurzzeitvermietung eben ins Gewicht. Konkrete Zahlen liegen jedoch weder für Thüringen noch für die Bundesebene vor. Das macht es ein bisschen schwierig, das einzuschätzen. Aber dass es hier zu Problemen in Ballungsräumen wie eben auch Jena, Weimar, Erfurt und auch Gera kommen kann, das war schon 1971 bekannt. Seitdem war es nämlich möglich, durch den Erlass einer Verordnung diese Zweckentfremdung von Wohnraum zu unterbinden, was wir quasi mit dem Gesetz wieder ermöglichen wollen. Das hatte bis 2013 schon Bestand und es gab genau solche Satzungen eben in Erfurt, Gera, Jena und Weimar.

In der Zwischenzeit sind aber die Länder in der Verantwortung, aus einem wahrgenommenen Handlungsbedarf eine Regelungsnotwendigkeit abzuleiten. Beispielsweise ist in Berlin diese Notwendigkeit erkannt worden und es wurde gehandelt. 2014 ist eben dort genau ein vergleichbares Gesetz eingeführt worden. Dort wurden 40.000 Verfahren überprüft und 20.000 Angebote waren demnach zweckentfremdet und wurden dank dieses Gesetzes dem regulären Mietwohnungsmarkt wieder zur Verfügung gestellt. Das muss man sich mal vorstellen. Das sind enorme Zahlen, die da nämlich auch für Familien und andere, die Wohnraum suchen, zur Verfügung stehen.

Und in Thüringen? Na ja, wenn wir nach Erfurt schauen, bringt eine Zweiraumwohnung einem Vermietenden im Schnitt 600 Euro Kaltmiete pro Monat ein. Demgegenüber steht die Möglichkeit, mit derselben Wohnung als Ferienwohnung durchschnittlich 1.200 Euro Einnahmen zu erzielen. In Toplagen ist sogar ein Vielfaches davon möglich. Bisher ist es für die Kommunen eben kaum möglich, diesem dauerhaften Entzug von Wohnraum aus der Langzeitvermietung in die Kurzzeitvermietung entgegenzusteuern. Dies entzieht dem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt besonders in den großen Städten Wohnraum und treibt die Preise der anderen Wohnungen dann auch noch weiter nach oben. Zugleich liegt der Eindruck nahe, dass einige Kurzzeitmietangebote nicht registriert sind und dass die entsprechende Abführung von Steuern und Gebühren zum Teil auch umgegangen wird. Das können und wollen wir nicht weiter zulassen. Daher freuen wir uns, Ihnen heute das Gesetz über die Gewährleistung von Wohnraum in Thüringen vorlegen zu können. Damit reagieren wir auf den vielfach geäußerten Regelungswunsch aus den Thüringer Kommunen, einen klaren Rechtsrahmen als Land zu setzen, mit dem vor Ort gehandelt werden kann. Gern unterstützen wir dieses Anliegen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Pommer:

Das Wort erhält die fraktionslose Abgeordnete Frau Dr. Bergner.

Abgeordnete Dr. Bergner, fraktionslos:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer, ja, wir haben in den Großstädten, vor allem Erfurt, Jena und Weimar, einen eklatanten Mangel vor allem an bezahlbarem Wohnraum und das ist nichts Neues. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen widmet sich diesem Mangel und schlägt als Rezept dagegen Verbotsmöglichkeiten vor. Dies allerdings ist zentraler Wesenskern sozialistischer Politik.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh Gott!)

Alles unter dem Deckmantel, etwas für sozial Schwache zu tun, geht es – nicht verwunderlich – mit dem Eingriff von Eigentumsrechten einher. Auch das ist typische sozialistische Machtausübung.

(Abg. Dr. Bergner)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Es stellt sich die Frage der Grundgesetzkonformität dieses Gesetzes. Aber wenn es doch dazu dient, soziale Härten abzumildern, dann kann doch niemand was dagegen haben.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Eigentum verpflichtet und soll auch der Allgemeinheit dienen, das ist das Grundgesetz!)

Es will doch niemand unsozial sein, oder?

Die Ursachen für hohe Mieten liegen in der Politik dieses Landes. Wohn- und Gewerberaum wird vorrangig nur auf profitorientierte Konzerne und Immobilienfonds zugeschustert, die dann die Mietpreise bestimmen und auch in die Höhe treiben. Der wirkliche Mittelständler geht oft leer aus. Und wenn dieser moderate Mieten verlangt, bekommt er vom Finanzamt Drohbriefe, wo denn die Gewinnerzielungsabsicht bei ihm sei.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Das ist ein Beispiel aus München und nicht aus Thüringen!)

Was ist denn eigentlich schlimm daran, dass Wohnraum in freier Entscheidung umgewidmet werden kann?

Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, wie wichtig es zum Beispiel auch für Existenzgründer und hier zum Beispiel insbesondere für Existenzgründerinnen mit Kindern überlebenswichtig sein kann, Wohnraum vorübergehend als Büroräume zu nutzen. Als meine Firma anfang, zu wachsen, und mein Wohn- und Geschäftshaus nicht mehr ausreichte, habe ich in der Nachbarschaft Wohnungen angemietet, um das Firmenwachstum nicht zu behindern. Als Mutter von drei kleinen Kindern, die auch oft krank waren, konnte ich keine Distanzen bis in ein Gewerbegebiet schultern, abgesehen von den damals unbezahlbaren Gewerbenieten. In der Doppelrolle als Mutter und Unternehmerin musste ich alles fußläufig erreichen können. Dies wäre auch nach dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht mehr möglich. Was aber ein entscheidender Meilenstein in meiner erfolgreichen Firmenentwicklung war: Mein Unternehmen hat im Laufe der Jahre dann 500 Mitarbeitern Lohn und Brot gegeben und führt enorme Beiträge an Steuern in die Kassen dieses Landes ab.

Ich verstehe nicht, dass die Nutzung von Ferienwohnungen untersagt werden soll. Auch Touristen beleben eine Stadt. Ferienwohnungen dienen auch als Unterkünfte für Praktikanten in Unternehmen, im internationalen Austausch von Mitarbeitern über mehrere Wochen hinweg. Für mich erschließt sich nicht, wie ein solches Verbot vereinbar ist, vor allem mit dem Slogan „weltoffenes Thüringen“.

Es gebe andere Lösungen, zum Beispiel eine bessere Nahverkehrsinfrastruktur. Im ländlichen Raum ist so viel preisgünstiger Wohnraum verfügbar, der zwangsläufig verfällt und mit einer guten Verkehrsinfrastruktur exzellent nutzbar wäre.

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Das widerspricht Ihrer Aussage als Mutter mit drei Kindern! Hallo? Ich weiß gar nicht, was Sie erzählen!)

Und die Entfernungen in Thüringen zwischen den oben genannten Großstädten und den benachbarten Dörfern sind nur ein Bruchteil der Entfernung innerhalb der Großstädte von Berlin, Hamburg oder München. Verbote demotivieren. Ihr Gesetz schafft noch mehr Möglichkeiten, um Bürokratie aufzubauen und bringt nicht wirklich Lösungen.

Seien Sie kreativ, motivieren Sie die Menschen, Lösungen zu gestalten, bauen Sie richtige Rahmenbedingungen, anstatt immer neue Drohkulissen zu erarbeiten. Dieses Gesetz ist für mich keine Lösung und die Diskussion im Ausschuss aus meiner Sicht eine Zeitverschwendung. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Pommer:

Für die Gruppe der FDP erhält Herr Abgeordneter Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, Gruppe der FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, es wird Sie wenig überraschen, aber wir Freie Demokraten haben mehr als nur oberflächliche Bedenken hinsichtlich Ihres Gesetzentwurfs.

(Beifall Gruppe der FDP)

Bereits am Mittwoch hatte ich in der Aktuellen Stunde der FDP auf die Probleme hingewiesen, die sich aus Ihrer Politik für die Bauwirtschaft ergeben. Gern wiederhole ich das noch einmal: Sie beklagen beispielsweise den Mangel an günstigem Wohnraum in den Städten, streichen aber gleichzeitig die Förderung für sozialen Wohnungsbau in den Oberzentren. Neben der Forderung nach einem Wohnungsbaukombinat, wie Sie in Ihrer Pressemitteilung vom 16.1. zu lesen war, für Thüringen, kommen Sie jetzt also mit einer weiteren Idee, die Symptome am Wohnungsmarkt bekämpft. Sie fordern ein Gesetz, dass Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermächtigt, eine Genehmigungspflicht der wohnzweckfremden Verwendung von Wohnraum im Wege des Erlasses einer entsprechenden kommunalen Satzung zu regeln.

Anders formuliert: Sie fordern eine Ermächtigung, in die Nutzung des privaten Eigentums der Bürger einzugreifen. Und das meine Damen und Herren, können wir so als Stimme der Freiheit nicht stehen lassen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Kommunale Selbstverwaltung!)

Sie haben viel mehr Redezeit als ich, reden Sie dann.

So gern die linke Seite des Hauses bei dem Eigentum der öffentlichen Hand den Satz „Eigentum verpflichtet“ schon mal nicht so ernstnimmt, missdeutet sie ihn gern mal auch beim Privateigentum. Er ist aber, meine Damen und Herren, kein Freibrief zum Plündern.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, bitte!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt deutlich mildere Mittel als das, was Sie uns hier vorschlagen, nämlich eine bessere Wohnungspolitik.

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wo wollen Sie denn in Jena noch was hinbauen, Herr Bergner?)

Sie wollen in die Grundsätze eingreifen, wohl wissend, dass es jetzt schon zahlreiche Auflagen und rechtlich bindende Einschränkungen gibt, die einer wirklich freien Nutzungsentscheidung längst zuwiderlaufen: Bauordnung, Baunutzungsverordnung, die Auflagen aus den Flächennutzungsplänen, aus den Gestaltungsatzungen, Milieuschutzsatzungen, Bebauungspläne usw. und jetzt noch zusätzlich die Idee der Veränderungsänderungssperre – allein das Wort schon. Aus meiner Sicht ist das vor allem aber mehr Bürokratie, ohne dass sich etwas sinnvoll ändert, meine Damen und Herren. Und ich möchte Sie fragen, welche Auswirkungen es auf die Kommunen hätte, wenn Ihr Vorschlag angenommen würde.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Nein, das hat Lenkungswirkung! Herr Bergner, das hat Lenkungswirkung, politische Lenkungswirkung!)

(Abg. Bergner)

Die Gemeinden sollen – ich werde mich von Ihrem Gebrüll nicht beeindrucken lassen, ich habe hier eine Uhr, die abläuft – Daten erfassen, Anträge stellen lassen, prüfen und bescheiden, haben also viel Zusatzaufwand, um dann eine Entscheidung zu treffen, die Schwarzer-Peter-Charakter hat, also in meinen Augen eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Gemeindeverwaltungen.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Nein, Herr Bergner!)

Alle, die Arztpraxen, Geschäftsstellen, Handwerksbüros, Sozialstationen, Cafés, aber auch günstige Übernachtungsmöglichkeiten vor allem für junge Menschen, die wir doch für attraktive Quartiere auch brauchen und deren Mangel wir in Erfurt-Nord oder Jena-Winzerla bedauern, wären also so nicht möglich. Eigentlich, meine Damen und Herren, könnte man Ihren Gesetzentwurf auch einen Schlafstättzementierungsgesetzentwurf nennen.

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Also nein!)

Statt eben dieser ideologisch begründeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Verwaltungen brauchen wir eine schnellere Ausweisung von Bauland.

(Beifall Gruppe der FDP)

Wir brauchen eine bessere Verknüpfung mit benachteiligten ländlichen Räumen. Es ist keine Zumutung, in Stadtroda zu wohnen statt in Jena beispielsweise. Wir brauchen Stadt und Land auf Augenhöhe. Ich werde Ihnen dann im Ausschuss, wenn wir ein bisschen mehr Zeit haben, auch mal etwas über den Missbrauch der Grundlagen von Walter Christaller erzählen. Dass Menschen gelegentlich auch weniger Interesse am Vermieten von Wohnraum haben, hat etwas mit der Mietrechtsgestaltung zu tun, die das Vermieten von Wohnraum eben doch auch sehr schwierig gestaltet und dazu beiträgt, dass man beispielsweise auch Mietnomaden nicht wieder rausbekommt, selbst wenn sie nicht bezahlen.

Meine Damen und Herren, in der Tag haben wir also erhebliche Kritiken und mit denen müssen Sie auch leben. Aber natürlich verweigern wir uns auch einer Diskussion nicht. Vielleicht gibt es ja doch ein paar Punkte, die man im Ausschuss ausdiskutieren kann. 5 Minuten Redezeit sind da, wie gesagt, aus meiner Sicht zu wenig. Deswegen werden wir uns einer Verweisung an den Ausschuss nicht verweigern.

(Beifall Gruppe der FDP)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Die hätten Sie auch besser nutzen können!)

Sehr geehrter Herr Kollege, ich kann dazu noch lange Weiteres erzählen, das werde ich im Ausschuss auch gern tun.

(Beifall Gruppe der FDP)

Präsidentin Pommer:

Für die Fraktion Die Linke erhält Frau Abgeordnete Lukasch das Wort.

Abgeordnete Lukasch, DIE LINKE:

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuschauer hier im Plenarsaal und am Livestream, als Erstes muss ich sagen, dieses Gesetz über die Gewährleistung von Wohnraum ist ein Instrument, damit Kommunen handlungsfähig sind. Liebe CDU, Sie sind doch immer so ein Hochhalter

(Abg. Lukasch)

kommunaler Selbstverwaltung, und genau das war hier gewünscht. Die Städte sind auf uns zugekommen und haben darum gebeten. Es gibt einen Stadtratsbeschluss der Stadt Erfurt, die genau das von der Landesregierung bzw. von uns als Abgeordnete gefordert hat, und dem kommen wir auch gern nach. Es geht hier nicht um Verbote, sondern es geht darum, den vorhandenen Wohnraum auch als Wohnraum zu nutzen. Dass das Instrument, was wir den Kommunen an die Hand geben, verschiedene Ursachen hat und dass dies nur ein Baustein sein kann, um die Wohnraumknappheit zu beseitigen, ist unbestritten. Aber wie die AfD vom knappen Wohnraum zum Dachziegel kommt und wieder zur Flüchtlingskrise, das ist immer schon ...

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Weil Sie überhaupt keine Ahnung haben!)

Es geht um das Instrument, den Kommunen ein Gesetz vorzulegen, damit sie eine Satzung erlassen können. Ich bin davon auch kein Verfechter. Es wird nie jemand den Wohnraum wegnehmen und den Tourismus jetzt vollkommen einschränken, das ist vollkommener Blödsinn. Das ist reininterpretiert, denn das liegt dann in der Hand der Kommunen, wie die ihre Satzungen gestalten. Die Städte, gerade auch Erfurt, Weimar, Jena leben vom Tourismus, sie leben von den Studenten, und trotzdem muss man klug beide Dinge abwägen, wie man den Wohnraum nutzt. Wenn man ganz ehrlich ist und man geht hier abends mit offenen Augen durch die Stadt, dann sieht man ganz viele Schilder „zu vermieten“ und das steht schon monatelang da und es ist immer noch leer, dann kann ich die Stadtverwaltungen verstehen, wenn sie keine Wohnungen haben, dass man da ein Instrument braucht, wo man handlungsfähig ist.

Im Übrigen hat gestern in Sachsen genau dieses Gesetz mit Zustimmung von SPD und CDU die Mehrheit gefunden und ist verabschiedet worden. Ich kann nur dafür werben, dass wir dieses selbst machen. Und die Aussage „wir hätten keine Förderung für den sozialen Wohnraum“, das ist falsch. Wir haben im letzten Haushalt allein 51 Millionen nur für den sozialen Wohnungsbau beschlossen.

(Zwischenruf Abg. Braga, Abg. Kießling, AfD)

Das ist doch vollkommener Unsinn, dann lesen Sie die Pressemitteilung. Vielleicht sollten Sie mal die richtige Zeitung lesen, wenn die Fördermittelbescheide übergeben werden an die Stadt Jena, an die Stadt Weimar,

(Beifall DIE LINKE)

jetzt erst gab es für Ilmenau einen großen Fördermittelbescheid für den sozialen Wohnungsbau. Ich kann Ihnen nur empfehlen, nicht nur rechte Zeitungen zu lesen, sondern vielleicht mal eine Tageszeitung.

(Zwischenruf Abg. Braga, AfD: Das Haushaltsrecht eine rechte Zeitung?)

Ich streite mich nicht mit Ihnen. Herr Bergner, Sie haben das Wort so schön umschrieben; früher hat man tatsächlich „Arbeiterschließfach“ gesagt zu den Neubauten. Ich habe das immer als sehr bedauerlich empfunden, denn ich habe in so einem Plattenbau gewohnt. In dem Plattenbau waren unten viele kleine Geschäfte, und ich habe das nie als Arbeiterschließfach empfunden.

(Zwischenruf Abg. Bergner, Gruppe der FDP: Bestimmt in einem besseren Viertel!)

Nein, das war ein ganz normales Wohnviertel. Ich finde es als eine Diskriminierung von Menschen, die dort wohnen, und ich finde das ganz traurig, dass Sie das so sehen.

Ich hoffe auf eine konstruktive Diskussion im Ausschuss und bedanke mich.

(Abg. Lukasch)

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Pommer:

Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Für die Landesregierung hat Ministerpräsident Ramelow um das Wort gebeten. Bitte, Sie haben das Wort.

Ramelow, Ministerpräsident:

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist ungewöhnlich, dass der Ministerpräsident hier steht, aber ich habe die Staatssekretärin gebeten, mir den Wortbeitrag zu ermöglichen und für die Landesregierung auf die eben angehörte Debatte zu reagieren. Es ist für mich heute Morgen sehr spannend, zuzuhören und Argumentationen zu hören, bei denen ich mich frage, warum die gleichen Argumente vor vier Wochen hier im Parlament keine Rolle gespielt haben.

Die Initiative, die hier ergriffen worden ist – Frau Lukasch hat es gerade erläutert –, geht zurück auf das Biten der kommunalen Familie; die AfD nennt das Zwang. Die kommunale Familie bittet darum, ein Instrument zu bekommen, bei dem sie selbst, und zwar kommunalrechtlich, entscheiden, ob sie es anwenden oder nicht.

(Zwischenruf Abg. Braga, AfD: Deswegen ja!)

Ich nenne das Ermöglichung von Freiheit, Herr Braga, das ist kein Zwang.

(Zwischenruf Abg. Braga, AfD: Die Ermöglichung von Zwang!)

Es ihnen vorzuenthalten, ist Zwang.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen den Zwang haben, dass sie gar nicht die Möglichkeiten haben. Wir wollen die Freiheit geben ...

(Zwischenruf aus der Fraktion der AfD)

Da können Sie schreien, wie Sie wollen.

(Zwischenruf Abg. Braga, AfD: Ich schreie überhaupt nicht!)

Hinter Ihnen, Herr Braga, wird geschrien, Sie hören es nicht so genau. Es hupt draußen zu viel.

Die gleiche Argumentation von Ihrem Zwang würde ich mir gleich beim nächsten Tagesordnungspunkt wünschen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denken Sie einfach mal darüber nach! Aber es wird Ihnen zu schwerfallen, zu erkennen, dass da, wo in Thüringen überhaupt kein Genderzwang besteht, Sie jetzt beschließen wollen, dass es keinen geben soll. Etwas, was nicht existiert, soll jetzt per Zwang durch Beschluss des Landtags unterbunden werden. Ich finde das kurios, schwierig.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Es geht doch um Wohnraum!)

Ich hoffe, dass Sie Ihre Argumente auch gleich noch kennen. Herr Kemmerich, ich rede mit Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Der Zwang entsteht bei den Eigentümern!)

(Ministerpräsident Ramelow)

Herr Kemmerich, ich rede mit Ihnen. Sie können mir 1 Sekunde zuhören, Sie können auch die Geduld haben. Darauf wolle ich nämlich verweisen. Von Ihnen wird vorgetragen jetzt bei der Umnutzung von Wohnraum in eine Gewerbenutzung – das ist nämlich der Unterschied, um den es hier geht. Es geht um Wohnraumentzug zur Nutzung für kurzzeitige Vermietung, um damit Ferienwohnungen zu ermöglichen. Das ist eine Umnutzung. Genau dieser Punkt ist auch steuerrechtlich der entscheidende Punkt.

Herr Kemmerich, wenn Sie dann vortragen, dass das ein Eingriff in das Eigentumsrecht ist – und Sie treten hier als Vertreter des Eigentums auf. Herr Kemmerich, dass ich das unglaublich finde, was Sie hier machen, mache ich fest daran, dass Ihnen offenkundig Waldbesitz, der Eingriff in Waldbesitz, weniger wert ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Waldbesitzer sind Ihnen nichts wert.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Sie werden es nie verstehen!)

Die gewerbliche Nutzung von Wald schränken Sie ein.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Es geht um private kurzzeitige Vermietung!)

Selbst Herr Höcke fängt dort an, mobil zu werden.

(Unruhe im Hause)

Präsidentin Pommer:

Sehr geehrte ... Entschuldigung!

Ramelow, Ministerpräsident:

Wenn man sieht, wie dieser Teil,

Präsidentin Pommer:

Herr Ministerpräsident, Entschuldigung!

Ramelow, Ministerpräsident:

wie dieser Block mit Eigentum umgeht ...

Präsidentin Pommer:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ramelow, Ministerpräsident:

Sie sind dabei, zu definieren, wie Sie es brauchen, um den Menschen zu sagen, nur was Sie entscheiden, ist die richtige Eigentumsanwendung. Ich finde das absurd.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Herr Ministerpräsident, ich darf jetzt hier ankündigen: Das ist mir wirklich zu viel. Ich tue das auch, wenn andere hier stehen. Ich werde die Sitzung unterbrechen, wenn Sie sich nicht mäßigen. Bitte, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ramelow, Ministerpräsident:

Werte Frau Präsidentin, ich versuche nur Argumente, die ich hier gehört habe, ...

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Reden Sie doch mal zur Sache!)

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist interessant, Herr Kemmerich. Ich rede zur Sache, nämlich zum Eigentumsrecht. Ihnen ist nämlich Eigentumsrecht scheißegal, wenn es Ihrer Ideologie entspricht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie bei Wald das Eigentumsrecht anders definieren, dann schränken Sie die Nutzung von Eigentum ein. Hier gibt es einen Vorgang und da, liebe CDU, ...

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP)

Ach, Herr Kemmerich, es tut mir so leid, dass Sie so weit schon abgebogen sind, dass Sie sich nicht mal mehr einkriegen, wenn es um Argumente geht.

(Unruhe im Hause)

Frau Präsidentin, ich bemühe mich, Argumente vorzutragen, aber es ist schwer. Dieser Block hier ist doch sehr eingeschränkt bei der Wahrnehmung seiner eigenen Argumente.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: So etwas Überhebliches!)

Liebe CDU, ich höre immer bei Ihnen und auch nach der letzten Klausur Ihrer Fraktion, sehr geehrter Herr Prof. Voigt, Sie möchten von Bayern lernen und Sie möchten mit Bayern kooperieren. Falls es eine neue Landesregierung gibt, habe ich gehört, dass man dann mit Bayern auch noch sehr viel intensiver von Freistaat zu Freistaat zusammenwirken wollte. Bei „Wind im Wald“ wollten Sie es nicht. Es ist nämlich Markus Söder, der für den Staatswald anordnet, dass im Wald jetzt Windräder gebaut werden. Da haben Sie nicht zugehört. Bei dem, was wir jetzt gerade diskutieren, geht es um etwas, was in Bayern längst Rechtsgültigkeit hat. Von Bayern lernen heißt, jedenfalls zuzuhören und die Freiheit für die Kommunen zu ermöglichen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich es interessant, hier zuzuhören.

Und Frau Dr. Bergner, letztlich sind Sie dafür verantwortlich, dass ich vorgegangen bin. Dass Sie sich als Unternehmerin hierhinstellen und sagen, das Finanzamt schickt Ihnen Drohbriefe, wenn Sie zu wenig Miete nehmen

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: Ja!)

– ja, hochinteressant, alle nicken –, nein, das Finanzamt meldet sich nur, weil Sie vorher die Abschreibungen geltend machen, um an der Stelle eine Steuerersparnis zu haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsident Ramelow)

Nur dann kommt dieser Effekt zustande. Würden Sie es gar nicht in Ihre Steuerabrechnung hineinschreiben, gebe es so einen Brief überhaupt nicht, weil Sie dann von Ihrem Eigentum Gebrauch machen können.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Sie haben von Null und Nichts eine Ahnung!)

Wenn Sie aber Ihr Eigentum auf dem Rücken der Steuerzahler finanziert haben wollen, dann kommt so ein Brief.

(Unruhe AfD)

Also entschuldigen Sie bitte, ich bin selbst Hausbesitzer und weiß, was ich in meine Steuerabrechnung reinschreibe. Und ich will nicht so tun, als wenn ich nicht hinhören würde. Entschuldigen Sie bitte, ich bin selber Hausbesitzer und weiß, was ich in meine Steuerabrechnung reinschreibe. Ich will nicht so tun, als wenn ich nicht hinhören würde. Aber so einen Brief, wie Frau Dr. Bergner – und dann schüttelt die AfD geschlossen mit dem Kopf.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Ja, weil es Schwachsinn ist!)

Offenkundig haben Sie von Steuerrecht überhaupt keine Ahnung. Sie möchten nur, dass der Steuerzahler für Sie aufkommt, damit Sie dann alle anderen beschimpfen als Kartellparteien, als Altparteien und als die, die nicht zuhören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es noch mal an dem Beispiel sagen. Frau Dr. Bergner hat hier vorgetragen, wenn sie zu wenig Miete einnimmt, dann wird sie bedroht vom Finanzamt. Da wird die liebe Frau Finanzministerin ganz mobil, denn das Finanzamt macht nur das, was wir an Steuergesetzen erlassen haben. Und das sind keine linksradikalen Steuergesetze, sondern es sind Steuergesetze,

(Zwischenruf Abg. Bilay, DIE LINKE: Das stimmt!)

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Leider!)

die für uns alle zusammen gelten. Und wenn man genügend Geld hat, scheint man dann noch sich beschweren zu wollen, wenn dann das Finanzamt anklopft und sagt: Wir hätten jetzt auch gern unseren Steueranteil von dem, was Sie gleichzeitig als Abschreibung gegenüber dem Finanzamt geltend machen.

Und eine letzte Bemerkung, Frau Dr. Bergner: Das finde ich erstaunlich, wie wenig Kenntnisse Sie von Thüringen haben. Es tut mir wirklich leid, dass Sie so wenig Kenntnisse von Thüringen. Ja, mit dem Zuhören klappt es ja auch nicht so. Aber ich wünsche Ihnen viel Erfolg mit Herrn Maaßen. Seien Sie gut unterwegs. Aber dass Sie sich hierhinstellen und sagen, der Wohnraum in Thüringen ist von der Landesregierung an die Großkonzerne abgegeben worden! Offenkundig wissen Sie überhaupt nicht, wie viele Genossenschaftswohnungen es in Thüringen gibt. Sie wissen offenkundig nicht, dass wir in Thüringen einen wesentlich höheren Anteil an öffentlichem Wohnraum in der kommunalen Familie und in der genossenschaftlichen Familie haben, jedenfalls im Verhältnis zu Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und allen Alt-Bundesländern. Ich bin froh, in einem Bundesland zu leben, in dem es noch genügend öffentlichen Wohnraum gibt, der an kommunales Eigentum gebunden ist, und dass dieses Umrüsten dieses Landes, indem man alles freigegeben hat, um es den Konzernen zuzuordnen, in der Zeit waren Sie noch FDP-Mitglied, da wurde das betrieben.

Also verzeihen Sie, dass ich jetzt einfach sage, ich würde gern auf den Kern des Antrags wieder zurückkommen und Ihnen gern bearbeiten lassen im Ausschuss, nämlich, dass es um die Umnutzung von normalen Mietwohnungen in den Städten geht und die Städte mit ihren Satzungen in die Lage versetzt werden können

(Ministerpräsident Ramelow)

müssen, dass sie selber entscheiden, ob diese Zweckentfremdung von Wohnraum, der bisher langfristig vermietet worden ist, in kurzfristige Vermietung und damit in eine gewerbliche Umnutzung, ob diese Wohnraumumnutzung gewollt ist.

Ich glaube, es ist gut, wenn wir uns an Bayern orientieren. Lieber Herr Prof. Voigt, von Bayern lernen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten? Herr Abgeordneter Kemmerich, bitte. – 20 Sekunden, Herr Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, Gruppe der FDP:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Begrüßungsformeln habe ich nicht viel Zeit. Herr Ramelow, Artikel 14 Grundgesetz – Eigentum verpflichtet –

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Wer Wohnraum baut, muss Wohnraum vermieten!)

schreibt eben auch vor, dass zum Beispiel Waldflächen dem Gemeinwohl verpflichtet sind, schreibt vor, dass Agrarflächen eben der Agrarnutzung verpflichtet sind und nicht dann passenden ideologischen Träumen. Und wenn da eine kurzzeitige private Vermietung die Rentabilität, die am Ende auch dem Steuerzahler zugutekommt,

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Sie legen es immer so aus, wie Sie es brauchen!)

erhöht, ist auch das nicht abzuweisen. Danke schön.

(Beifall Gruppe der FDP)

Präsidentin Pommer:

Weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Möller, bitte schön. Die Redezeit 1 Minute und 30 Sekunden.

Abgeordneter Möller, AfD:

Also, weil der Herr Ministerpräsident eben gerade rumgetönt hat, dass wir nicht mal wüssten, wie viele Genossenschaftswohnungen es gibt: Herr Ministerpräsident, während Ihrer Regierungszeit sind hier noch Tausende Wohnungen abgerissen worden. Und jetzt stellen Sie sich hierhin und plädieren dafür, dieses Zwangsgesetz, was Sie hier vorgelegt haben, was Ihre Fraktion vorgelegt hat, als Ausdruck von Freiheit für die Kommunen zu bezeichnen.

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Das ist so!)

Ich muss ganz ehrlich sagen, das ist doch eine groteske Verdrehung der Tatsachen, was Sie hier gemacht haben.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Keine Ahnung, aber davon ganz viel!)

Das passt so ein Stück weit eben auch in diese ganze Art, wie die Debatte von der Linken geführt worden ist. Wenn ich mir hier anhören muss, dass man sozialen Wohnraum fördert, der dann aber nicht abgerufen

(Abg. Möller)

wird, und dann sollen wir in die Pressemitteilung reinschauen, während es in den regierungseigenen Unterlagen, nämlich im Haushalt, entsprechend klar nachlesbar ist,

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Die Richtlinie ist überzeichnet, nehmen Sie das doch mal zur Kenntnis!)

dann weiß ich auch nicht mehr, wie man hier, wenn man so wenig Bezug zur Realität hat, überhaupt noch eine Debatte führen soll, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Ich bin gespannt, wie das im Ausschuss weitergeht.

Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Das war ungeahnte Selbstkritik!)

Präsidentin Pommer:

Die fraktionslose Abgeordnete Frau Dr. Bergner, 16 Sekunden. Die Uhr wird angeschaltet mit dem ersten Wort.

Abgeordnete Dr. Bergner, fraktionslos:

Ich möchte hier klarstellen: Diese Sache mit den Mieten hat nicht mich persönlich betroffen, weil ich nicht dieses Auditorium brauche, um meine persönlichen Probleme zu lösen. Das habe ich von privaten Vermietern herangetragen bekommen und dort habe ich es hergenommen. Das möchte ich klarstellen. Danke.

(Beifall AfD)

Präsidentin Pommer:

Weitere Wortmeldungen? Herr Ministerpräsident, bitte.

Ramelow, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Dr. Bergner und sehr geehrter Herr Möller, das mit den Genossenschaftswohnungen habe ich zu Frau Dr. Bergner gesagt. Ich habe es auch klar adressiert. Dass Sie jetzt antworten, macht deutlich, welcher Block hier zusammensitzt.

(Heiterkeit AfD)

Liebe Frau Dr. Bergner, es ändert nichts am Steuerrecht. Nur wenn ich etwas in meine Steuerabrechnung zur Abschreibung hineinschreibe, kann das Finanzamt kommen und anschließend sagen: Die Mieteinnahmen sind zu gering. Das ist der Zusammenhang. Schreibe ich nichts rein, hat das Finanzamt überhaupt nichts zu melden. Das sollten Sie als Unternehmerin einfach wissen.

(Zwischenruf Abg. Laudenbach, AfD: Das stimmt nicht!)

Doch das stimmt! Das Finanzamt macht überhaupt keine Abrechnung für Gebäude, die gar nicht als Steuerabrechnung angemeldet sind, denn sie können nur abgerechnet werden, wenn Einnahmen generiert werden, die steuerpflichtig sind.

Meine Güte, dass man selbst das kleine Einmaleins des Steuerrechts hier auch noch aufzählen muss!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kemmerich, Zwang – und da hat Herr Möller recht, auch jetzt ist noch abgerissen worden. Das widerspreche ich überhaupt nicht und es ärgert mich jede ...

(Ministerpräsident Ramelow)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Mit Fördergeld abgerissen worden!)

Ja, mit Fördergeld abgerissen, ja. Es ärgert mich auch, jede einzelne Wohnung, die noch abgerissen wird. Ich wollte nur auf Herrn Kemmerich reagieren, weil es eine Ursache gibt. Das hieß Altschuldenhilfe-Gesetz. Ich bin Vorsitzender einer großen Wohnungsgenossenschaft mit 8.000 Wohnungen in dieser Stadt gewesen. Ich weiß, als wir von der Bundesregierung gezwungen wurden, CDU und FDP, dass wir die Altschuldenhilfe-Gesetzgebung annehmen mussten. Wir sind erpresst worden, wir sind an die Wand gespielt worden: Entweder ihr unterschreibt das jetzt, oder ihr seid als Wohnungsbaugenossenschaft mit näherungsweise 8.000 Wohnungen nicht mehr kreditfähig. Darin verankert war der Zwang, Herr Kemmerich, zur Privatisierung. Es war keine freiwillige Entscheidung von uns. Wir mussten uns unterwerfen. Es war der Abriss eingebaut. Es war nie eine freiwillige Entscheidung. Dann haben die jeweiligen Bundesregierungen das Fördergeld dazugegeben und dann musste es Genossenschaft für Genossenschaft ausplanen. Die werden jetzt immer noch abgerissen, weil die Fördermittel alle erteilt worden sind und der Abriss genehmigt worden ist. Wir wären froh, wenn wir in Erfurt einen Teil dieser abgerissenen Häuser noch hätten.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es einfach absurd, wie Sie sich die Argumente zurechtlegen und zurechtbiegen. Es tut mir einfach leid. Sie sind der Erste, der am lautesten kräht, und Sie und Ihre Partei waren es, die diesen Zwang ausgelöst hat, der Tausende und Zehntausende von Wohnungen in Ostdeutschland hat verschwinden lassen.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe Gruppe der FDP)

Präsidentin Pommer:

Jetzt ist die Redezeit doch etwas länger geworden. Damit haben alle noch 2 Minuten. Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Abgeordneter Kemmerich, bitte.

Abgeordneter Kemmerich, Gruppe der FDP:

Ich weiß zwar nicht, was Sie zum Frühstück genommen haben, Herr Ramelow, aber beeindruckend, davon hätte ich auch gern eine Portion.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Was wird das jetzt für eine Büttenrede, die Sie hier halten?)

Ich weiß ja nicht, wo Sie das alles hernehmen. Wenn wir in den 90er-Jahren – und das war ja in den 90er-Jahren, als Sie anscheinend den Aufsichtsratsvorsitz einer großen Wohnungsbaugenossenschaft innehatten – zwangsweise dafür gesorgt haben, dass nicht mehr sanierungsfähige Altbauten mit Fördergeld abgerissen worden sind,

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Unsinn, das waren sanierte Gebäude!)

dann frage ich Sie, Herr Ramelow – das ist nicht die einzige Frage –: Wenn Sie Ihre Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzender noch hätten wahrnehmen wollen, warum haben Sie den unter Zwang unterschrieben? Was ist das für ein Verständnis von einer Aufsichtsratsfunktion, dass Sie das dann unterschreiben?

Zurück zu dem anderen Zwang, den Sie hier aufstellen wollen, dass wir den Wald-Eigentümern die Gelegenheit missbilligen, Windkraftanlagen im Wald aufzustellen:

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Da haben Sie sogar vorm Bundesverfassungsgericht verloren, Herr Kemmerich!)

(Abg. Kemmerich)

Punkt eins ist, dass Windkraft im Wald und Windkraft überhaupt immer weniger Sinn macht. Letzte Woche haben wir hören können, dass für den schleppenden Ausbau von Windkraftanlagen, den schleppenden Ausbau von Leitungen zu den Windkraftanlagen und die fehlende Speichermöglichkeit

(Zwischenruf Abg. Reinhardt, DIE LINKE: Ja, wegen Politikern wie Ihnen!)

aufgrund von Vertragsgestaltungen, die sich Herr Robert Habeck seit Jahren mit ausgedacht hat, inzwischen wieder Milliardenzahlungen auf den Bundeshaushalt und damit auf den Steuerzahler und damit auf uns alle zukommen.

(Beifall Gruppe der FDP)

Jetzt wollen wir hier weiter Windkraftanlagen im Wald aufbauen. Wir versagen jedem Eigentümer von Flächen im Außenbereich den Ausbau selbst mit einer Hundehütte – ich sage jetzt etwas übertrieben –. Wir achten natürlich darauf, dass landwirtschaftliche Flächen nicht umgenutzt werden. Sie machen daraus ein – na ja – forstsozialistisches Agrarstrukturgesetz, mit dem Sie zwangsweise in Eigentumsrechte eingreifen, nur wie es Ihnen dann passt, Herr Ramelow. – Deshalb zurück zu Ihrem Frühstück: Ich möchte wissen, was das war. – Nur, wie es Ihnen passt, wird das dann hier angenommen.

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Fahren Sie mal zu Wiegand-Glas!)

Meine Damen und Herren, insbesondere liebe Wähler im Freistaat Thüringen, hören Sie da ganz genau zu, welche Entscheidung Sie am 1. September treffen: Wer steht hier für die Zukunft dieses Freistaats im positiven gestalterischen Sinne oder wer erzählt uns irgendwelche Anekdoten aus dem Jahre 1990?

(Zwischenruf Abg. Schubert, DIE LINKE: Sie sind ein Risiko für unsere Wirtschaft in diesem Land!)

Herzlichen Dank.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Es ist ja widerlich! „Anekdoten aus dem Jahr 1990“?!)

Also widerlich ist nur, dass Sie hier von der Regierungsbank eine Sprache benutzen, die Ihrer nicht würdig ist.

(Beifall CDU, AfD, Gruppe der FDP)

Präsidentin Pommer:

Für die Landesregierung hat sich Frau Finanzministerin Taubert gemeldet. Bitte.

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete, es ist ja ganz lustig. Ich muss ehrlich sagen, Herr Kemmerich, welches Elend dieses Altschuldenhilfe-Gesetz auch bei Wohnungsgesellschaften in Thüringen angerichtet hat. Es ist tatsächlich so, wir sind gezwungen worden, sonst hätten wir keine Kredite mehr bekommen. Wir mussten Wohnungen privatisieren, obwohl wir in der Lage gewesen wären, in diesen Wohnungsgesellschaften, die alle auf die Kommunen übergegangen sind, wir wären alle in der Lage gewesen, dies zu gutem preiswerten Wohnraum umzubauen und wir sind von der Bundesregierung mit diesem Gesetz ...

(Zwischenruf Abg. Montag, Gruppe der FDP: Aber doch nicht bei ...!)

Lieber Herr Montag, Sie sind Gesundheitsfachpolitiker. Es ist doch unglaublich! Natürlich ist das so gewesen. Lesen Sie doch die Gesetze nach! Und die haben Sie nun mal 1990 gemacht. Warum ist es denn

(Ministerin Taubert)

passiert? Weil man gesagt hat, die Altschulden, die auf diesen Wohnungsbeständen liegen, werden zum Teil erlassen. Das war doch, wenn man so will – wie man heute so sagt –, der Deal. So war die Vereinbarung. Ein Teil der Altschulden ist erlassen worden, ein Teil musste von den Wohnungsgesellschaften zurückgezahlt werden und dafür mussten wir privatisieren. Wir mussten! Wir sind in einer freien Gesellschaft von der Bundesregierung, damals CDU/CSU und FDP, gezwungen worden. Nichts anderes war es gewesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn wir Glück hatten, Herr Kemmerich und Herr Montag, haben wir einen neuen Eigentümer ...

(Unruhe Gruppe der FDP)

Ich bitte Sie. Warum denn die Aufregung? Ich meine, es ist ein Fakt. Warum müssen Sie da rufen und schreien? Es ist ein Fakt.

Wenn wir Glück hatten, haben wir Eigentümer gefunden, die diese Idee des preiswerten, aber guten Wohnungsangebots auch fortgeführt haben. Und wenn wir Pech hatten – und da kann ich Sie gern in Gera rumführen –, haben wir Glücksritter gehabt, Glücksritter, die heute noch diese Bestände halten, Glücksritter, die jedes Mal auftauchen, wenn es zum Beispiel darum geht, bestimmte Personenkreise unterzubringen und überteuerte Mietpreise zu fordern, Glücksritter, die die Gemeinden erpressen, die zumindest versuchen, die Gemeinden zu erpressen, diesen Wohnraum wieder zurückzunehmen, diese alten, abgewrackten Häuser, wo die Tauben wohnen, für außerordentlich viel Geld wieder zurückzunehmen. Da sage ich: Das ist Kapitalismus, daran kann ich halt nichts ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen,

(Zwischenruf aus dem Hause)

leider kann ich – nein, nein – an dieser Situation nichts ändern. Ich halte mich an die Gesetze, das ist so.

Ich will noch etwas sagen zu dem, was Frau Bergner vorgebracht hat. Es kommt immer wieder vor, dass Menschen sich beschweren beim Finanzamt. Sie haben die Möglichkeit des Einspruchs. Aber hier geht es darum, dass ...

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Ja, ja, ja!)

Aber, Herr Kießling, als Steuerberater müssten Sie jetzt nicht „Ja, ja, ja!“ sagen, da müssten Sie „Ja, ja, ja“ sagen – das ist ein Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

Warum werden denn zum Teil so geringe Mieten angesetzt? Weil natürlich eine Versteuerung auch der Mieteinnahmen da ist. Deswegen versucht man, an allen Stellen tatsächlich Steuern zu sparen. Das ist das, was ich dieser Tage gesagt habe, es gibt immer die Schnäppchenjäger, die sich zuallererst melden, wenn es darum geht, dass ihre Straße vor der Tür nicht gemacht ist, und auf der anderen Seite aber wenig Steuern zahlen wollen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Pommer:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung.

(Präsidentin Pommer)

Wir stimmen über eine Ausschussüberweisung, die beantragt wurde, ab. Ich gehe davon aus, dass die Ausschussüberweisung an den Ausschuss Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten gemeint ist. Dem ist so. Weitere Anträge an Ausschüsse habe ich nicht gehört. Sie auch nicht? Dann ist es so.

Dann lasse ich abstimmen: Wer der Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalition, der Gruppe der FDP, der CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? Das ist die fraktionslose Abgeordnete Bergner. Wer enthält sich der Stimme? War das jetzt bei den Gegenstimmen?

(Zuruf Abg. Heym, CDU: Ja!)

Ich wiederhole die Abstimmung. Wer ist dafür, an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen? Das sind die Stimmen aus der Koalition und der Gruppe der FDP. Wer ist dagegen?

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Teile der CDU!)

Na ja, da muss man sich auch melden. Entschuldigung. Also, Teile der CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das ist die fraktionslose Abgeordnete Bergner. Gegenstimmen?

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Sie haben doch eben nach Gegenstimmen gefragt! Wie oft wollen Sie noch die Arme sehen?)

(Beifall AfD)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Heym, Sie dürfen sich auch mäßigen. Ich hatte gefragt nach den Zustimmungen. Und da haben sich Teile der CDU gar nicht gemeldet. Eine Hand habe ich gesehen. Es war die vom Abgeordneten Malsch. Also bitte auch zuhören. Deshalb habe ich dann nachgefragt, wer stimmt zu.

Haben wir jetzt ein Ergebnis? Wer zweifelt es an? Dann wiederholen wir das.

Ich wiederhole die Abstimmung und bitte um Konzentration. Im Übrigen ist das eine schöne Lehrstunde für unsere Schülerinnen und Schüler, die oben auf der Tribüne sitzen und dies seit einer Stunde verfolgen. Jetzt versuchen wir sogar eine Abstimmung herbeizuführen. Ich denke, es wird uns noch gelingen.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, Gruppe der FDP: Da ist wenigstens mal was los!)

Wer dafür ist, der Überweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten zuzustimmen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Vielen Dank. Das ist die Koalition, das ist die Gruppe der FDP und das ist die CDU-Fraktion in Teilen. Wer ist dagegen? Das sind 3 Stimmen aus der CDU-Fraktion und eine fraktionslose Abgeordnete. Wer enthält sich der Stimme? Das ist die AfD-Fraktion. Jetzt haben wir es geschafft.

(Beifall AfD)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1** in den Teilen

**a) Thüringer Gesetz für eine regel-
konforme, diskriminierungsfreie
und verständliche Anwendung der
deutschen Sprache an Thüringer
Schulen und in der Verwaltung**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/8596 -